

Um die Jahreswende 2004/2005 wurde in Quito das führende FARC-Mitglied "Simon Trinidad" von der ecuadorianischen Polizei festgenommen, später an Kolumbien und von dort weiter an die USA ausgeliefert.

Jetzt steht er in Washington vor Gericht. Wie "El Tiempo" am 29.1.06 berichtet, verläuft die Verhandlung anders als erwartet.

Jemand lügt im Fall "Trinidad" (Auszüge)

Das wurde klar, als vorige Woche Staatsanwälte, Verteidiger und Zeugen in dem Fall ihre Argumente dem Gericht vortrugen.

Die Staatsanwaltschaft der USA beharrte darauf, dass die vorgelegten Beweismittel Ricardo Palmera (richtiger Name von "Trinidad") mit der Entführung von drei US-Angestellten 2003 im Departement Caquetá in Verbindung brächten.

Die US-Bürger, die sich noch immer in der Gewalt der FARC befinden, standen unter Vertrag der US-Regierung und saßen in einem Überwachungsflugzeug, das in einer von der FARC kontrollierten Zone abstürzte.

Da kein direkter Beweis existiert, der "Trinidad" direkt mit dem Verbrechen in Verbindung bringt (etwas als Planer oder Befehlsgeber), haben die Staatsanwälte den Fall auf drei freiwilligen Aussagen des Guerrilleros aufgebaut, der sich dabei als Sprecher der FARC für einen möglichen Gefangenen austausch zwischen gefangenen Guerrilleros und Entführten bezeichnet hatte. Ebenfalls hatten sie Dokumente aus dem Internet vorgelegt, in denen die FARC ihn als einen ihrer Verhandlungsführer für mögliche Verhandlungen mit der Regierung vorgestellt hatte.

Das erste Verhör, vielleicht das umstrittenste, fand am 31. März 2005 im Gefängnis von Combita statt, wo sich "Trinidad" damals befand. Mit Einverständnis der Staatsanwälte erschienen an diesem Tag zwei Agenten des FBI um ihn wegen der drei Entführten zu verhören. Der Termin war von der kolumbianischen Staatsanwaltschaft arrangiert und der kolumbianische Anwalt "Trinidads", Oscar Silva, sollte daran teilnehmen. Jedoch entschuldigte dieser sich kurz vor dem Termin telefonisch wegen einer Erkrankung.

Da nun die beiden Agenten bereits in Combita waren, rief- jedenfalls nach der Version der Staatsanwaltschaft der Gefängnisdirektor bei Silva an und bat ihn um Zustimmung zu dem Verhör. Laut Alex Barbeito, einem der FBI-Agenten, der bei dem Telefonat anwesend war, sagte der Direktor am Ende des Gesprächs, Silva habe dem Treffen zugestimmt.

Barbeito unterhielt sich später mit "Trinidad", wobei er sich ganz offen als FBI-Agent zu erkennen gab und seine Absichten klar mitteilte, und z.B. den Beschuldigten über seine Rechte unterrichtete, wie es das Gesetz der USA vor jeder juristischen Untersuchung verlangt.

Jedoch nach den Anwälten der Verteidigung ist das weit von der Realität entfernt. Silva sagte in Washington unter Eid aus, er habe niemals mit dem Gefängnisdirektor gesprochen, ganz zu schweigen von einer Zustimmung zu einem juristischen Verfahren, bei dem er als Anwalt nicht hätte anwesend sein sollen. Der einzige, mit dem er damals telefoniert habe, sei "Trinidad" gewesen, dem er geraten hätte, die FBI-Agenten nicht zu empfangen.

Obwohl er diese vor Gericht nicht präsentierte, ist Silva im Besitz einer schriftlichen Bestätigung "Trinidads", in der dieser ausdrücklich erklärte, er wolle die Agenten nicht treffen.

Mit anderen Worten : es wäre dann so, dass die Agenten ein Interview mit dem Guerrillero von mehr als einer Stunde erfunden hätten!

Am 2. April 2005, diese Mal in Anwesenheit des Anwalts, fand das zweite Verhör statt, in dem "Trinidad" zugab, dass er, als er in Ecuador verhaftet wurde, in Verhandlungen mit der UNO und Angehörigen der Senatorin Ingrid Betancourt gestanden hatte, um die Befreiung der Entführten zu erreichen. Und erneut bestätigte er seine Rolle als Verhandlungsführer der FARC. Die Verteidigung..... behauptet, dass die Aussage zwar so gegeben wurde, jedoch unter Irreführung durch Polizeiagenten, die behauptet hatten sie kämen in humanitärer

Mission, denn sie wollten "Trinidad" darum bitten, die Übergabe von Brillen und Medikamenten an die drei Amerikaner zu vermitteln. Deswegen, so die Verteidigung, muss diese Aussage aus den Akten entfernt werden, weil sie durch Täuschung zustande kam.

Nun steht also Aussage gegen Aussage..... Der Richter muss entscheiden, wem er mehr glaubt.

Die Immunität

Die andere große Linie der Debatte während der Verhandlung gegen "Trinidad" bezog sich darauf, ob er wegen Terrorismus und Entführung verurteilt werden könnte, ohne dass der Kontext des kolumbianischen Konflikts und die Rolle der FARC in ihm berücksichtigt würden. Die Verteidigung sagt ein klares Nein dazu. Die FARC sei eine Gruppierung, so die Anwälte zu Richter Tom Hogan, "die bis vor vier Jahren mit der Regierung am Verhandlungstisch saß, die 40 Jahre Kampf hinter sich hat, und die sogar heute, da wir hier sprechen, Kontakte zur Regierung wegen eines humanitären Gefangenenaustauschs unterhält". Deswegen -so die Theorie- weil auf die Gruppierung und den Konflikt alle Kriterien des Protokolls II der Genfer Konvention zutreffen, das interne Konflikte behandelt, genießen die FARC-Kämpfer Immunität bei der Verfolgung von Straftaten, die in Verbindung mit dem Konflikt begangen wurden. Und dies sei hier der Fall, weil die US-Amerikaner, als sie gefangen genommen wurden, dem kolumbianischen Staat dabei halfen, die FARC zu bekämpfen.

"Hier geht es nicht um El Qaida oder ein Grüppchen gewöhnlicher Krimineller. Man kann nicht das politische Element aus diesem Prozess herauslösen", unterstrich die Verteidigung und will damit die Einstellung des Verfahrens erreichen.

Im Gegensatz dazu sind für die Staatsanwaltschaft die FARC Terroristen und Kriminelle, die sich durch Drogengeschäfte finanzieren und nicht die Charakteristika auf sich vereinigen, die das Protokoll II fordert, vor allem die Einhaltung der Normen des Internationalen Humanitären Rechts.

Darüber hinaus argumentiert die Staatsanwaltschaft, selbst wenn die FARC als "kriegführende Partei" anerkannt würde, was sie nicht ist, stünde ihr nicht die Immunität zu, da sie das Protokoll II nicht unterschrieben hat. Trinidad, so wollen sie zeigen, ist verantwortlich für ein gewöhnliches Verbrechen, die Entführung und ist Teil einer Terroristengruppe, die die Interessen der USA angreift.

Der Richter, nachdem er die Argumente der Verteidigung gehört hatte, erklärte, er habe den Eindruck, diese seien nicht von einem Gericht der USA zu bewerten. Mit anderen Worten: Der Kampf der FARC gegen den kolumbianischen Staat sei eine ganz andere Sache als Verbrechen gegen Bürger der USA.

Was kommt jetzt?

In den nächsten Wochen muss Richter Hogan entscheiden, ob er das Verfahren annulliert, wie das die Verteidigung wünscht. Anderenfalls, welche Beweismittel wird er zulassen oder sie ablehnen, weil sie nicht fundiert sind?

Er hat auch die Staatsanwälte gebeten, dass sie die genaue Rolle erläutern, die die drei US-Amerikaner gespielt haben in dem Moment, als sie gefangen genommen wurden, weil dies erklären würde, ob sie in den Konflikt eingriffen, wie die Verteidigung das behauptet. Die beiden Parteien sind für den 7. März erneut geladen.